

Rathaus / Barfüssergasse 24  
4509 Solothurn  
Telefon 032 627 20 79  
Telefax 032 627 22 69  
pd@sk.so.ch  
www.parlament.so.ch

A 0024/2015 (FD)

**Auftrag Manfred Küng (SVP, Kriegstetten): Beendigung der Steuerdatenaufbereitung durch ausländische Konzerne (11.03.2015)**

Der Regierungsrat wird höflich ersucht, die erforderlichen Vorkehren zu treffen, dass das Auslagern der Steuer-Datenerfassung („Steuer-Scanning“) an RR Donelley in Uster (ZH) als Tochtergesellschaft eines US-Konzerns so rasch als möglich beendet wird und zu prüfen, welche Voraussetzungen geschaffen werden müssten, um z.B. eine der folgenden bestehenden Lösungen zu übernehmen bzw. anzupassen:

- LuTax des Kantons Luzern;
- TaxMe-Dienste des Kantons Bern;
- Scan-Dienste der CENT Systems AG, Solothurnstrasse 16, 4573 Lohn-Ammannsegg.

*Begründung 11.03.2015: schriftlich.*

Mit Regierungsratsbeschluss vom 17. Dezember 2013 (Nr. 2013/2347) hat der Regierungsrat zur Interpellation „Sind unsere Steuerdaten sicher?“ (I 205/2013) Stellung genommen; seither haben sich die Umstände derart geändert, dass nicht mehr davon ausgegangen werden darf, vertragliche Zusicherungen würden ausreichen, um die Datensicherheit zu gewährleisten. Seit geraumer Zeit ist bekannt, dass unter der Bezeichnung „Five Eyes“ (FVEY) eine Allianz zwischen Grossbritannien, den USA, Kanada, Australien und Neuseeland zur Koordination nachrichtendienstlicher Operationen besteht. Seit 2013 ist bekannt, dass die USA und GB die Telekommunikation und das Internet verdachtsunabhängig überwachen. Vertretungen der UNO und der EU wurden mittels illegaler Abhöraktionen ausspioniert. Der frühere NSA-Mitarbeiter Edward Snowden gab an, die US-Behörden hätten Schweizer Banquiers zum Geheimnisverrat angeworben. Ebenso wurde Ende 2013 bekannt, dass die deutsche Kanzlerin überwacht worden war. Schliesslich hat im Dezember 2013 die UNO-Vollversammlung eine Resolution zum Schutz der Privatsphäre im Internet verabschiedet; gefruchtet hat das alles nichts und die Datensammeltätigkeit wurde von den USA und GB intensiviert. Im Februar 2014 wurde bekannt, dass der britische Nachrichtendienst mit „schmutzigen Tricks“ arbeite, Fehlinformationen platziere und Kommunikationen stillzulegen versuche. Im Februar 2015 wurde öffentlich, dass britische und US-amerikanische Geheimdienste durch einen Einbruch in Gemalto-Server Millionen von Kryptografieschlüssel (Zertifikate) gestohlen hätten. Mit den Schlüsseln, die auf der SIM-Karte gespeichert sind, ist es einfach, auch verschlüsselte Kommunikation - ohne richterlichen Beschluss und ohne Spuren zu hinterlassen - weltweit abzuhören. Gemalto ist eine niederländische Aktiengesellschaft, die Chip- und Magnetstreifenkarten wie SIM-Karten für Handys, Kreditkarten, biometrische Ausweise und elektronische Gesundheitskarten herstellt; es ist der weltgrößten SIM-Kartenhersteller. Die Bestimmungen des niederländischen Strafrechts haben die Geheimdienste nicht beeindruckt. Am 12. Juli 2013 berichtete die Netzwoche, dass die NSA auf Outlook.com Zugriff nimmt. Microsoft hat dazu Stellung genommen und festgehalten, das Unternehmen habe die US-Gesetze einzuhalten, weshalb es der US-Regierung an Daten zur Verfügung halte, was es müsse; solange die Datenbeschaffung nicht gegen US-Bürger oder Personen auf US-Boden gerichtet sei, sei eine weitergehende Ermächtigung (z.B. durch eine richterliche Behörde) nicht nötig. Im Ergebnis darf geschlossen werden, dass US-Konzerne generell verpflichtet sind, der US-Regierung an Informationen zur Verfügung zu halten, was verlangt wird. Aus

Sicht der USA ist das auch nichts Böses, weil es der Durchsetzung der nationalen US-Interessen dienen soll.

Demgegenüber haben der Kantonsrat und die Regierung die erforderlichen Massnahmen zu treffen, um die Vertraulichkeit der Steuerdaten der Einwohnerinnen und Einwohner des Kantons zu wahren. Das seither bekannt gewordene Verhalten der Behörden von Grossbritannien und der USA zur Informationsbeschaffung geben Anlass, jedwelche Bearbeitung von sensiblen Daten durch Gesellschaften, die mit diesen beiden Staaten in irgend einer Form verbunden sind, zu vermeiden, weil diese Staaten ihr Interesse an einer Datenbeschaffung auf Vorrat höher werten als das Datenschutzbedürfnis von Personen in der Schweiz.

Es mag sein, dass in einigen Jahren die bestehenden EDV-Infrastrukturen abzulösen sind. Es mag sein, dass die Steuerverwaltung in einigen Jahren auf die Dienste von RR Donnelley nicht mehr angewiesen sein wird. Das Problem der Steuer-Datensicherheit besteht aber heute. Dieses Problem ist heute und nicht in einigen Jahren zu lösen. Die Reaktionen aus der Bevölkerung zeigen, dass die Auslagerung der Datenerfassung an ein US-Tochterunternehmen aufgrund des Verhaltens der US-Administration zur Beschaffung von Informationen nicht gutgeheissen wird. Es besteht folglich heute Handlungsbedarf.

CENT Systems AG mit Sitz im Kanton Solothurn scannt und verarbeitet Abrechnungsbelege für Krankenkassen und könnte allenfalls für eine innerkantonale Lösung herangezogen werden. LuTax und TaxMe sind Lösungen der Kantone Luzern und Bern, die als Musterlösung eingesetzt werden könnten.

Der Kanton Solothurn bezahlt jährlich mehr als eine Million Franken für das Steuer-Scanning an den US-Konzern. Es ist deshalb nicht zu viel verlangt, sofort eine Konkurrenzofferte von einem Solothurner Unternehmen einzuholen. Wir sind überzeugt, dass ein Solothurner Unternehmer beim Scanning bessere Dienstleistungen zu günstigeren Konditionen erbringen kann und dass ein öffentliches Interesse daran besteht, damit Arbeitsplätze im Kanton zu schaffen.

*Unterschriften:* 1. Manfred Küng (1)